

22 - 1574

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Herrn LAbg. Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 4. Oktober 2023

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig,
Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Adaptierung des
Getreideabkommens zwischen der EU und der Ukraine

Three handwritten signatures in blue ink. The first signature on the left is 'Johann Tschürtz', the middle one is 'Alexander Petschnig', and the one on the right is 'Markus Wiesler'.

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend Adaptierung des Getreideabkommens zwischen der EU und der Ukraine

Das ländliche Burgenland, dessen fruchtbare Felder als Getreidelieferant über die Landesgrenzen hinaus dienen, ist ein Bild des ideellen Reichtums und der harten Arbeit unserer tüchtigen Bauern. Diese herrliche Landschaft, von den wogenden goldenen Feldern über die Weinreben bis zu den saftig grünen Hügeln, ist der Stolz und die Lebensader unserer Gemeinschaft.

Abseits des Weinbaus ernähren die heimischen Getreidefelder nicht nur die Menschen in unserer Region, sondern prägen auch die Identität unseres Landes mit. Unsere Bauern arbeiten Tag für Tag unermüdlich daran, das Land zu bebauen und dafür zu sorgen, dass kein Bürger hungrig zu Bett gehen muss.

Die aktuelle wirtschaftliche und politische Situation macht es allerdings erforderlich, dass das Land Burgenland seine Position in Bezug auf den Getreideimport aus der Ukraine nach Österreich überdenken sollte. Die EU hat abermals einen unbedachten Schritt gesetzt und ohne nennenswerte Einbindung der Landwirtschaft das Getreideabkommen mit der Ukraine geschlossen.

Als unmittelbare Folge des Getreideabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine sind die Erzeugerpreise gesunken. Dies hat zu erheblichen Herausforderungen für unsere Landwirte geführt, die sich einer verstärkten Konkurrenz durch ukrainischen Weizen auf dem heimischen Markt gegenübersehen. Die Landwirte, die eine entscheidende Rolle bei der Selbstversorgung in unserer Gesellschaft spielen, kämpfen nun mit den Auswirkungen dieser ungleichen Handelsbeziehungen, was zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führt.

Somit muss der Wechsel von Österreich zu einem reinen Transitland für Getreide anstelle eines Bestimmungslandes in Betracht gezogen werden. Stattdessen soll das Getreide in exakt jene Entwicklungs- und Schwellenländer verschifft werden, welche bereits vor Kriegsbeginn die Zieldestinationen waren. Durch diese Veränderung würde der Druck auf die lokale Landwirtschaft gemindert und es könnte dazu beitragen, das Preisniveau für unsere Landwirte zu stabilisieren, sowie ärmere Länder mit den lebenswichtigen Produkten zu versorgen.

Die Adaptierung des „Getreideabkommens“ wird weitere Konsequenzen haben. Produkte, die Getreide als Rohstoff benötigen, könnten von steigenden Preisen betroffen sein, was wiederum Auswirkungen auf den Endverbraucher haben könnte. Diese Faktoren sind sorgfältig abzuwägen und es sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um mögliche negative Auswirkungen auf die Verbraucher zu minimieren.

Zudem darf die Situation in der Ukraine nicht außer Acht gelassen werden. Die Besorgnis hinsichtlich Korruption und der unsicheren Lage im Kriegsgebiet sind legitim. Es ist wichtig, dass der Staat eine verantwortungsbewusste Herangehensweise an unsere Handelsbeziehungen hat und sicherstellt, dass unsere

wirtschaftlichen Aktivitäten nicht die Korruption unterstützen oder das Konfliktpotenzial in der Region erhöhen.

Es ist weiters wichtig zu verstehen, dass eine Unterbrechung der Getreidelieferungen in Entwicklungs- und Schwellenländer schwerwiegende Folgen haben kann. Es könnten Migrationsströme ausgelöst werden, wenn Menschen vor Hunger fliehen. Hier muss Vorsorge getroffen werden, um eine neue Flüchtlingskrise mit allen Mitteln zu verhindern. Das Ziel muss sein, Stabilität in diesen Regionen zu sichern, anstatt neue Migrationsbewegungen zu riskieren.

Angesichts dieser Herausforderungen wird die Bundesregierung daher dringend aufgefordert, sich für eine Adaptierung und Neugestaltung des Getreideabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine einzusetzen. Darüber hinaus ist eine umfassende Evaluierung unserer Handelsbeziehungen durchzuführen, um eine ausgewogene und nachhaltige Lösung zu finden, die sowohl die wirtschaftlichen Interessen unserer Bauern als auch die globale Stabilität berücksichtigt. Dabei sollen alternative Handelspartner in Betracht gezogen werden, die sowohl qualitativ hochwertiges Getreide liefern können als auch ein stabiles wirtschaftliches und politisches Umfeld bieten.

Es ist hervorzuheben, dass dieser Antrag auf der Sorge um die Interessen heimischer Landwirte und die Stabilität des globalen Getreidemarktes beruht. Es muss daher eine ausgewogene und umsichtige Entscheidung getroffen werden, um die langfristigen Auswirkungen österreichischer Handelsbeziehungen zu berücksichtigen.

Diese Maßnahmen sind unerlässlich, um die Zukunft unserer Landwirte zu sichern und die negativen Auswirkungen des gegenwärtigen Getreideabkommens abzumildern.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, dem Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten und der Bundesministerin für EU und Verfassung im Bundeskanzleramt einzusetzen, die Europäische Kommission dahingehend zu bewegen, das Getreideabkommen zwischen der EU und der Ukraine in dem Sinne zu ändern, sodass Österreich nur noch allenfalls als Transitland fungiert, nicht jedoch als Zieldestination.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Agrarausschuss zuzuweisen.